Aufträge an die Verwaltung, Anlagen 1-57 zu Drucks. Nr. 3065/2007			
5.1.1	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Bauausstellung City 2020	Ziffer 2: 6/4/0
5.1.2	SPD SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Beteiligungsverfahren Schwarze Heide	Einstimmig beschlossen
5.1.3	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Lärmminderungskonzept	7/3/0
5.1.4	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Tiefbau	### siehe unten
5.1.5	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Verkehrssicherungsmaßnahmen	### siehe unten
5.1.6	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Glocksee-Forts	Einstimmig beschlossen
5.1.7	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Wiehbergstraße	Einstimmig beschlossen
5.1.8	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Parkpalette Velberstraße	Einstimmig beschlossen
5.1.9	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Straßen- und Wegebau	Ziffer 3; 6/4/0
5.1.10	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Integrationsberaterin im Sport	6/4/0
5.1.11	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Mädchen- und Frauenfußball	Einstimmig beschlossen
5.1.12	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Förderung des Spitzensports	Einstimmig beschlossen
5.1.13	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Historisches Museum	Einstimmig beschlossen
5.1.14	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Rosebuschverlassenschaften	6/4/0
5.1.15	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Altes Magazin	Einstimmig beschlossen
5.1.16	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Sanierung Außenfassade VHS	Einstimmig beschlossen
5.1.17	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Städtepartnerschaften	Einstimmig beschlossen
5.1.18	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Entwicklung der Altstadt	Einstimmig beschlossen
5.1.19	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Museenlandschaft	Einstimmig beschlossen
5.1.20	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Tanztheater Hannover	Einstimmig beschlossen
5.1.21	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Eisfabrik	6/4/0
5.1.22	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Atelierhaus e.V.	Ziffer 2: 6/4/0
5.1.23	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Netzwerk Erinnerung und Zukunft	Ziffer 2: 6/4/0
5.1.24	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Erlöse aus Grundstücksverkauf	Punkt a: einst. Punkt b: 7/3/0
5.1.25	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Sanitäranlagen in Schulen	7/3/0
5.1.26	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Geschäftsaufwendungen	### siehe unten
5.1.27	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Zuwendungsverträge	Einstimmig beschlossen
5.1.28	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Frauenfördermittel	Einstimmig beschlossen

5.1.29	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Hannover.de	Einstimmig beschlossen
5.1.30	CDU-Fraktion	Finanzposition 65500	### siehe unten
5.1.31	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Spielplätze	Einstimmig beschlossen
5.1.32	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Landschaftsräume	7/3/0
5.1.33	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Stadtfriedhof Seelhorst	7/3/0
5.1.34	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Umweltschutz, Deponiekapazitäten	6/4/0
5.1.35	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Unterhaltung Spielplätze	9/1/0
5.1.36	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Darstellung Geschäftsfelder	Einstimmig beschlossen
5.1.37	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Saalmiete spenden	9/1/0
5.1.38	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Beförderung von nicht-umsetzbaren Rollstuhlfahrern und -Fahrerinnen	Einstimmig beschlossen
5.1.39	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Seniorenservice	Einstimmig beschlossen
5.1.40	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Kultursensible Altenhilfe	Einstimmig beschlossen
5.1.41	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Bildungsmaßnahmen für Prostituierte	Einstimmig beschlossen
5.1.42	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Hannover-Aktiv-Pass	Einstimmig beschlossen
5.1.43	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Integration in Kitas für U3 und Schulkinder	Einstimmig beschlossen
5.1.44	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Konzeptionelle Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit	9/1/0
5.1.45	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Hochseilgarten Wakitu	Satz 2: Erledigt, siehe TOP 4.3.8
5.1.46	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Dezentrale Ressourcenverwaltung	Erledigt, siehe TOP 4.3.9
5.1.47	CDU-Fraktion	Mobile psychologische Beratung	Erledigt, siehe TOP 4.3.2 Satz 2: 4/6/0
5.1.48	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Familie mit Zukunft	Erledigt, siehe TOP 4.3.10
5.1.49	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Ausbau von Krippen bis 2013	Erledigt, siehe TOP 4.3.11
5.1.50	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Qualitätsverbesserung in Kitas	Erledigt, siehe TOP 4.3.12
5.1.51	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Qualtitätsverbesserung durch integrative Plätze	Erledigt, siehe TOP 4.3.13
5.1.52	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Rucksackmütter	Erledigt, siehe TOP 4.3.15
5.1.53	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Grenzverletzende Verhaltensweisen	Erledigt, siehe TOP 4.3.17
5.1.54	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Rucksack II	Erledigt, siehe TOP 4.4.1
5.1.55	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Lärmprävention an Schulen	Erledigt, siehe TOP 4.4.3

5.1.56A	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Wettbewerb und Verschönerungs arbeiten für Schultoiletten	Abs. 1,Satz 2: 6/4/0 Abs. 2: 7/3/0 Abs. 3: 7/3/0
5.1.56	Zugewählte Elternvertreter im Schulausschuss	Material für Unterhalt von Gebäuden	Abs. 1, S. 2 und 3, Abs. 2 erledigt, siehe TOP 5.1.56A
5.1.57	SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Gewährung von Beihilfen	Erledigt, siehe TOP 4.4.7
Weitere Aufträge der Fraktionen an die Verwaltung			
5.2.1	FDP-Fraktion	Städtische Fahrzeuge	4/6/0
5.2.2	FDP-Fraktion	Faust e.V.	4/6/0
5.2.3	FDP-Fraktion	Straßenbeleuchtung	4/6/0
### = nicht zur Abstimmung gestellt, weil Text nur Bestandteil der Begründung			

18.60
13.12.2007

(1)

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
Verwaltungsausschuss 13.12. 2ff. 2:6:4 19.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 6100 – Stadtplanung
Finanzposition 655000 – Sachverständigen, Gerichts- und ähnliche Kosten

Antrag zu beschließen:

1. Der Ansatz von 230.000 €
wird um 120.000 €
auf insgesamt 350.000 €
erhöht.

Pkt. 1: 7:3 beschlossen
→ 1. Vereinheitlichungsverzeichnis

2. Die Haushaltsausgabereste 2007 für die Bauausstellung City 2020 in Höhe von 50.000 € und für den Realisierungswettwerb Pavillon in Höhe von 50.000 € werden nach 2008 übertragen.

Antrag Pkt. 2: 8:2

Begründung:

Wiederherstellung des für 2007 beschlossenen Ansatzes! Neu: Ausstellung u. Foren genossenschaftlichen Wohnen, Bauausstellung City 2020 (mit HAR 100.000 €), Kampagne zur Förderung von Baugemeinschaften.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

(2)

19.11.2007

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss einstimmig beschlossen
In den Verwaltungsausschuss 13.12.07 einstimmig

Zusatzantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 6110 - Stadtentwicklung
Finanzposition 601000 – Sonstige Geschäftsaufwendungen

Beteiligungsverfahren Schwarze Heide

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Gebiet Schwarze Heide ein Beteiligungsverfahren einzuleiten, mit dem geklärt werden soll, welche Bedarfe dort für ein Angebot für die Bewohnerinnen und Bewohner zur Förderung der Gemeinschaft bestehen.

Auf Basis der Ergebnisse soll ein Konzept für ein solches Angebot erstellt werden, dass folgenden Kriterien Rechnung trägt:

- Berücksichtigung unterschiedlicher Altersgruppen
- Berücksichtigung unterschiedlicher Nationalitäten
- Demografische Entwicklung bis 2018.

Das Konzept ist mit den finanziellen Folgekosten darzustellen und den politischen Gremien bis zum Juni 2008 vorzulegen.

Begründung:

Im Entwicklungsgebiet Schwarze Heide gibt es keine Angebote für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene, die als Treffpunkt geeignet sind, die Gemeinschaft fördern oder für Kultur- und Freizeitaktivitäten nutzbar sind.
Da es sich um ein verhältnismäßig kleines Neubaugebiet handelt, muss zunächst geprüft werden, welche konkreten Bedarfe vor Ort sind und wie diese durch eine vielseitige Nutzung ihre Entsprechung finden können.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

3

19.11.2007

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss 8 : 2 angenommen
In den Verwaltungsausschuss 13.12.07 : 7 : 3

Zusatzantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 6100.000 Stadtplanung
Finanzposition 655000 – Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten

zu beschließen:

Für das Wohngebiet Schwarze Heide in Stöcken wird ein Lärmminderungskonzept erstellt.

Begründung:

Das Wohngebiet ist insbesondere durch Verkehrslärm im Zuge der Autobahn A2 stark belastet. Da Lärm erwiesenermaßen gesundheitsgefährdend ist und damit die Wohnqualität beeinträchtigt wird, sollte die Lärmbelastung reduziert werden. Die für Anfang 2008 vorgesehene Fertigstellung der Lärmkarten gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie können u.a. als Grundlage für die Herausarbeitung sinnvoller Lärmminderungsmaßnahmen dienen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

(6)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss einstimmig
VA 13.12.07: einstimmig

19.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Vermögenshaushalt
Finanzstelle 6040 – Wasserbauverw.
Finanzposition VOH 007 Vorlandabgrabungen
950100 - Tiefbau

Antrag zu beschließen:

Aus dem vorhandenen Ansatz von 400.000 € sowie VE 13.700.000 € wird der Wiederaufbau des Glocksee-Forts sichergestellt.

Begründung:

Durch die Baumaßnahmen zum Hochwasserschutz an der Ihme im Bereich der Brücke Schwarzer Bär muss das Glocksee-Fort abgerissen werden. Der Wiederaufbau soll sichergestellt werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

7

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss einstimmig
In den Verwaltungsausschuss 13.12.07 einstimmig

19.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Vermögenshaushalt
Finanzstelle 6300 VOH 016 – Gemeindestraßen, Wiehbergstraße
Finanzposition 950100 Tiefbau

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, aus dem vorhandenen Ansatz (VE 400.000 €) vor Beginn der nächsten Baustufe 2009 ein Verkehrsberuhigungskonzept für den Bereich zwischen Hildesheimer Straße – Wiehbergstraße - Südschnellweg vorzulegen. Hierzu führt die Verwaltung ein Verkehrsforum durch und legt die Ergebnisse daraus frühzeitig vor.

Begründung:
Damit soll gewährleistet sein, dass mögliche bauliche Maßnahmen mit in die Umgestaltung und Aufwertung der Wiehbergstraße einfließen können.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

8

19.11.2007

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss einstimmig
In den Verwaltungsausschuss 13.12.07 einstimmig

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Vermögenshaushalt
Finanzstelle 6800.008 Parkpalette Velberstraße
Finanzposition 950100 Tiefbau

zu beschließen:

Die Verwaltung nimmt gegenüber der union boden GmbH Gespräche über den Bau und Betrieb einer Parkpalette in der Velberstraße auf und stellt hierfür einen Zuschuss aus den an dieser HH-Stelle bereitstehenden Rücklagen zur Verfügung.

Begründung

Gemäß einstimmigem VA-Beschluss vom 13.09.2007 ist die Verwaltung beauftragt worden, das entsprechende Grundstück Velberstraße an die union-boden gmbh zum Bau und Betrieb einer Parkpalette zu übertragen. Hierfür soll der union boden ein Zuschuss zufließen.

Durch die Umwidmung der Limmerstraße sind mehrere Parkplätze in diesem Bereich weggefallen, die durch den Bau einer Parkpalette in der Velberstraße kompensiert werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den
Stadtentwicklungs- und Bauausschuss 7:3
VA 13.12.07 2ifl 3: 6:4

19.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Vermögenshaushalt
Finanzstelle 6800 VOH 901 – Parkeinrichtungen, Sonstige Maßnahmen
Finanzposition 952000 Straßen und Wegebau

Antrag zu beschließen:

1. Der Ansatz der Verpflichtungsermächtigung 2008

von	125.000 €
wird um	300.000 €
auf insgesamt	425.000 €

erhöht.

2. In der Mifrifi 2007 bis 2011 (DS 1962/2007) wird 2009 um den gleichen Betrag erhöht.

3. Der Haushaltsausgaberest (HAR) von 70.000 € in dieser Finanzposition wird für die Maßnahme nach 2008 übertragen. Rüttrag

Begründung:

Die Verpflichtungsermächtigung dient zur Sanierung, Umbau und Neugestaltung der Fläche nördlich des Stephansplatzes (Parkplatz, Dreiecksplatz, Straßenraum) auch im Zusammenhang mit der Um- und Neunutzung der bisherigen Opel Günther-Flächen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

(10)

19.11.2007

In den
- Sportausschuss beschlossen

Verwaltungsausschuss 13.12.: 6:4

Zusatzantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 5510.000 – Sport- und Bäderverwaltung
Finanzposition - Personalausgaben/HGr 4
Hier: Integrationsberaterin im Sport

Antrag zu beschließen

Die Verwaltung wird beauftragt, zum 01.04.2008 eine hauptamtliche Integrationsberaterin im Fachbereich 52, Sport und Eventmanagement unter Erwirtschaftung der Stelle aus dem Gesamtstellenplan einzusetzen.

Begründung:
Die Stadt Hannover sieht das Thema Integration als eine vorrangig zu bearbeitende Aufgabe. Sie hat bereits mit einem Lokalen Integrationsplan entsprechende Handlungsstränge entwickelt. Zur Umsetzung der Ziele im Bereich Sport ist es notwendig, eine Mitarbeiterin mit einem hauptamtlichen Status einzustellen, um mit einer einschlägigen Qualifikation Kontinuität und Verbindlichkeit in einem so wichtigen Feld herstellen zu können.

Aufgabe der Integrationsberaterin soll es sein, Sportvereine in der interkulturellen Öffnung ihrer Vereinsarbeit zu beraten und zu begleiten.
Ziel ist die qualifizierte Ausrichtung des sportlichen Angebotes und der sportlichen Infrastruktur der Sportvereine auf die Herausforderungen unserer interkulturellen Gesellschaft. Konkretes Ziel ist die Einführung und Qualifizierung von Integrationsbeauftragten in den beteiligten hannoverschen Sportvereinen und die Verbesserung des Angebotes für Mädchen und Frauen auch mit Migrationshintergrund.
Die Integrationsberaterin arbeitet in enger Verbindung mit dem Stadtsportbund und weiteren sportlichen Organisationsstrukturen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

11

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In den
- Sportausschuss beschlossen
- Verwaltungsausschuss 13.12.: einstimmig

Zusatzantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
5511.000 Sportförderung
Runder Tisch Mädchen- und Frauenfußball

Antrag zu beschließen

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Abschluss des ersten Quartals 2008 einen **„Runden Tisch Mädchen- und Frauenfußball"** zu etablieren.
Ziel des Runden Tisches soll sein, die Rahmenbedingungen des Frauenfußballs in Hannover zu optimieren, damit eine richtungweisende Förderung möglich ist. Neben VertreterInnen des FB Sport der LHH sollen auf jeden Fall der Stadtsportbund, der Landessportbund, der Niedersächsische Fußballverband, Vertreterinnen der einschlägigen Vereine und der Schule beteiligt sein. Der Runde Tisch „Mädchen- und Frauenfußball" wird vom FB Sport und Eventmanagement initiiert und begleitet.

Begründung:
Seit einigen Jahren ist zu beobachten und zeigt sich auch in Zahlen, dass das Interesse von Mädchen und Frauen, Fußball zu spielen, stetig zugenommen hat. Parallel dazu sind durchaus Veränderungen bei den Rahmenbedingungen zu verzeichnen, die jedoch nicht ausreichend sind. Um Mädchen und Frauen langfristig für den Frauenfußball zu begeistern, müssen z. B. auf Verbands- und Vereinsebene strukturelle und prozessuale Bedingungen geprüft und evtl. verbessert werden, damit ein nachhaltiges Klima der Akzeptanz und eine lebendige Fußballkultur der weiblichen Aktiven entstehen kann.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

(12)

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den Sportausschuss beschließen
Verwaltungsausschuss 13.12.: einstimmig

19.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 5511.000 – Sportförderung
Finanzposition 718000 – Zuschüsse an übrige Bereiche; Hier: Verein zur Förderung des Spitzensports

Zuwendungsverzeichnis anpassen

28. NOV. 2007

Antrag zu beschließen:

Der Verein zur Förderung des Spitzensports besteht weiterhin und erhält deshalb auch weiterhin seine Beihilfe in Höhe von 12.000 €. Diese Summe wird aus dem vorhandenen Ansatz der o.g. Finanzposition gezahlt.

Begründung:

Die Verwaltung hatte bei der Erstellung des Haushaltsplanes 2008 die (Fehl-) Information, dass sich der Verein zur Förderung des Spitzensportes Ende 2007 auflösen werde. Dies ist nicht der Fall.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

(13)

KA 23.11. einstimmig beschlossen

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In den
- Kulturausschuss einstimmig

VA 13.12.07: einstimmig

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Vermögenshaushalt
Finanzstelle 3102. – Historisches Museum 1002.940100
Hier: Erweiterung der Ausstellungsfläche des Historischen Museums

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sommerpause 2008 zu prüfen, inwieweit sich die zwingende Notwenigkeit einer Erweiterung der Ausstellungsfläche des Historischen Museums gemeinsam mit dem Land realisieren lässt. Eine Erweiterung der Ausstellungsfläche stellt die einzige Möglichkeit dieses Hauses dar, die umfangreichen Kunstschätze, die jetzt mangels Ausstellungsflächenkapazität in den Magazinräumen des Historischen Museums lagern müssen, endlich dem interessierten Publikum und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zugänglich zu machen.

Begründung:

Der Museumsbau wurde 1964-67 vom Architekten Dieter Oesterlen als Neubau errichtet. Dabei wurden der Beginenturm und der Rest des herzoglichen Zeughauses an der Stelle eines im Krieg zerstörten Wohnblocks der Altstadtbebauung mit einbezogen. Das Museum hat einen polygonalen Grundriss um einen fünfeckigen Innenhof, die markante Fassade zeigt in drei Stockwerken abwechselnd breite Sandsteinflächen und schmale Fensterbänder sowie eine Staffelung aus der Perspektive der nördlichen Burgstraße. Im Jahre 1991 wurde es umgebaut und 2002 erfolgte eine Neugestaltung der einzelnen Abteilungen.

Das Land hat wiederholt ein gemeinsames Interesse an einem gemeinsamen Museums zur Geschichte des Landes geäußert, ein finanzielles Engagement des Landes für eine Erweiterung der Ausstellungsfläche sollte deshalb geprüft werden.

Christine Kastning
Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

(14)

UA 23.11.07
5:3:0

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In
- den Kulturausschuss 5:3:0

VA 23.12.07: 6:4

Zusatzantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Vermögenshaushalt
Finanzstelle 3490.901 – Sonst. Kunstpflege
Finanzposition 949000 – Übriger Hochbau
Rosebuschverlassenschaften

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert
- in 2008 eine detaillierte Planung zur Renovierung und zum Umbau des Gebäudes für die Rosebuschverlassenschaften vorzulegen, mit dem Ziel diesen wichtigen Kulturort für die Öffentlichkeit begehbar zu machen und die Ausstellung der Sammlung zu ermöglichen.
- Das Gesamtkonzept soll als Drucksache den entsprechenden Ausschüssen vorgelegt werden.
- Auf Grundlage dieser Planung sollen entsprechende Maßnahmen zum Umbau und zur Renovierung eingeleitet werden.
- Die Verwaltung wird zudem aufgefordert, Drittmittel einzuwerben, um weitere Sanierungsmaßnahmen zur Erfüllung der Verkehrssicherheitspflicht und Öffnung des Hauses durchführen zu können.
- **Zur Planung und Umsetzung werden im Vermögenshaushalt 250.000€ als Verpflichtungsermächtigung eingestellt.**

Begründung:

In dem Hallen-Komplex des ehemaligen Kraftwerks bzw. Umspannwerks Ahlem hat das Künstlerehepaar Almut und Hans J. Breuste seine Installationen aus zusammengetragenen und neu arrangierten Alt-Materialien untergebracht, darunter die besonders eindrucksvolle und im Besitz des Landes Niedersachsen befindliche Installation "Litzmannstadt". Im Stadtbild von Hannover ist der Künstler Hans J. Breuste mit mehreren Werken vertreten, darunter dem Mahnmal für das ehemalige Gerichtsgefängnis hinter dem Hauptbahnhof (am Raschplatz-Pavillon), In seinen Arbeiten beschäftigt er sich wesentlich auch mit der Aufarbeitung der hannoverschen Geschichte.
Das 2006 mit dem pro visio Preis ausgezeichnete Werk „Rosebuschverlassenschaften" ist eine beeindruckende Auseinandersetzung mit

Vergangenem und Vergessenem, die in dieser riesigen Industriebrache verdichtet wurde. Der Erhalt dieses bedeutenden kulturellen Ortes ist für Hannover ein wichtiger kultureller Beitrag und eine einmalige Verknüpfung von Kunst und Gedenken.
Aufgrund seiner besonderen Topographie (Mahnmal, Gartenbauschule) stehen das Gelände und die Rosebuschverlassenschaft im Zusammenhang mit der Gedenkstätte Ahlem und soll in Teilen Bestandteil des Konzeptes zur Erinnerungsarbeit sein.
Die Halle eignet sich hervorragend als dauerhafte Lösung, um die großflächigen Ausstellungen des Künstlers zu würdigen und Hannover mit diesem Angebot zu bereichern und bietet durch die günstigen baulichen Gegebenheiten Möglichkeiten für eine weitergehende Nutzung zu pädagogischen Zwecken.
Die bereits von der Verwaltung eingeleitete Planung zur Sanierung und zum Umbau soll jetzt umgesetzt werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

(15)

VA 23.11.07
7:0:1

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In
- den Kulturausschuss 7:0:1

VA 13.12.07: einstimmig

Zusatzantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Vermögenshaushalt
Finanzstelle ~~3490.901~~ – ~~Sonst. Kunstpflege~~ 3312.901
Finanzposition 949000 – Übriger Hochbau
Altes Magazin

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zur Sanierung des Gebäudes in 2008 zeitnah eine Drucksache vorzulegen.

- In der Drucksache sollen die notwenigen Sanierungsmaßnahmen in baulicher, energetischer Hinsicht sowie theaterbezogener Nutzung dargestellt werden, hierbei ist auch zu prüfen inwiefern das Gebäude Kestnerstraße als Spielstätte für die hannoverschen freien Theater geeignet wäre.
- Die vorhandene Verpflichtungsermächtigung im Vermögenshaushalt 2008 unter der FinSt. 3312.901 – 949.000 in Höhe von 1,86 Mio. € bleibt erhalten.

Begründung:
Das Gebäude in der Kestnerstraße ist stark sanierungsbedürftig. Der energetische Standard ist zurzeit so schlecht, dass im Winter eine Nutzung des Foyers durch das Publikum nur eingeschränkt möglich ist.
Das Gebäude bietet sich gerade als Theaterstandort und ist durch das Kleckstheater bereits eine bekannte Adresse in Hannover. Um dem Kleckstheater bzw. weiteren Entwicklungen im Theaterbereich eine Bespielung an diesem Standort zu ermöglichen, ist die Sanierung entsprechend zu planen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

(16)

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

UA 23.11.07 Zustimmung so beschlossen

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In den
- Kulturausschuss

einstimmig

VA 13.12.07: einstimmig

Änderungsantrag

gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Vermögenshaushalt
Finanzstelle 3500.000 - Volkshochschule
Hier: Sanierung der Außenfassade

Vorh. 001

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. bis spätestens zur Sommerpause 2008 den Ratsgremien einen Entscheidungsvorschlag zu den künftigen Standorten der VHS, einschließlich eines konkreten Raumkonzepts unter Berücksichtigung der neuen inhaltlichen Schwerpunktsetzung, vorzulegen. Hierbei ist auch eine Stellungnahme zur weiteren Nutzung gegebenenfalls Teilnutzung des Standortes Theodor-Lessingplatz 1 abzugeben.

2. Unter der Voraussetzung, dass im Sommer 2008 eine Entscheidung über die weitere Nutzung des Gebäudes Theodor-Lessingplatz 1 gefällt werden kann, sind dann die erforderlichen Voraussetzungen zur Sanierung und energetischen Isolierung der Außenfassade - incl. Erneuerung der Fenster – zu schaffen.

Begründung:

Die vorgeschlagene neue inhaltliche Ausrichtung der VHS mit vier Schwerpunktbereichen sieht künftig neben einem Hauptstandort vier größere dezentrale Standorte in einzelnen Stadtgebieten zu einzelnen Schwerpunktthemen vor. Dies erfordert ein gesamtes Raumkonzept, das auch einen Entscheidungsvorschlag zur künftigen Verwendung des Standorts Theodor-Lessing beinhalten muss. Das Gebäude der Volkshochschule ist seit über einem Jahr provisorisch gegen evtl. abfallende Teile der Außenfassade mit einem Schutznetz abgehängt. Dies entspricht auf Dauer weder der Verkehrssicherheitspflicht noch entspricht es dem Ansehen der Volkshochschule. Es muss daher in 2008 in Abhängigkeit der Entscheidung zur weiteren Nutzung dieses Gebäudes – mit den notwendigsten Sanierungsmaßnahmen begonnen werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

17

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

UA 23.11.07 einstimmig so beschlossen

19.11.2007

In den
- Kulturausschuss einstimmig
- Verwaltungsausschuss 13.12.07: einstimmig

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 0040.000 - Städtepartnerschaften
Hier: Intensivierung der Städtepartnerschaften

Antrag zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Intensivierung mit den hannöverschen Partnerstädten zu entwickeln. U. a. soll gemeinsam mit den Partnerstädten überlegt werden, welche individuelle Themenschwerpunkte im kulturellen, sportlichen etc. Bereichen zur Entwicklung und/oder Wiederbelebung beitragen können.

2. Des Weiteren wird ein Konzept seitens der Verwaltung mit dem Ziel entwickelt, den Bekanntheitsgrad der Städtepartnerschaften in der hannöverschen Bevölkerung zu erhöhen.

3. Die Verwaltung legt den Ratsgremien die erarbeiteten Vorschläge bis September 2008 vor.

Begründung:

Zu 1) Die Zusammenarbeit mit den hannöverschen Partnerstädten ist in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen rückläufig in der Intensität. Es gilt nun gemeinsam mit den Verantwortlichen zu überlegen, wie man zukünftig die Partnerschaft wieder beleben bzw. ggf. anders gestalten kann. Dies kann z. B. die Konzentration auf einen sportlichen, kulturellen o. a. Schwerpunkt sein.

Zu 2) In der hannöverschen Bevölkerung ist nach wie vor die Kenntnis, dass Hannover mehrere Partnerstädte bzw. mit welchen diese Partnerstädte begründet sind, recht gering ausgeprägt. Z. B. könnte ein internationaler Wochenmarkt, auf dem Händler und Händlerinnen aus den Partnerstädten vertreten und Produkte aus den jeweiligen Ländern präsentieren würden, ein Mittel, den Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung zu heben.

Zu 3) Die Konzepte sollen rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen 2009 vorliegen um ggf. weitere – finanzielle – Beschlüsse treffen zu können.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

VA 23.11.07 Einstimmig GO beschlossen

18

19.11.2007

In den
- Kulturausschuss einstimmig
- Verwaltungsausschuss 13.12.07 einstimmig

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 3000.000 - Kulturbüro
Hier: Kulturelle Entwicklung der Altstadt

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Belebung und kulturellen Weiterentwicklung der Altstadt bis zur Sommerpause 2008 zu erarbeiten; eine gemeinsame Konzeptentwicklung mit dem neuen Citymanager/City Management GmbH ausdrücklich gewünscht. Das Konzept ist in Abstimmung mit den kulturellen Events in Hannover, insbesondere in den Sommermonaten, zu erstellen.

Begründung:

In den vergangenen Jahren haben sich nach und nach kleinere kulturelle Veranstaltungen rund um die Marktkirche und in der Altstadt generell etabliert. Diese haben aber noch nicht den Effekt erzielt, die Altstadt nachhaltig als „Publikumsmagneten" mit einem attraktiven kulturellen Angebot zu entwickeln. Geprüft werden soll, ob z. B. Altstadtfestspiele oder ein „Markt der Städtepartnerschaften" als Veranstaltungen geeignet wären, einen Bekanntheitsgrad über die Stadt- und Regionsgrenze hinaus zu erzielen.

Es soll jedoch ausgeschlossen werden, dass mehrere kulturelle Groß-Events gleichzeitig in Hannover stattfinden. Daher sind bei der Konzeptentwicklung auch die Termine der anderen kulturellen Highlights, die in Hannover stattfinden, zu berücksichtigen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

KA 23.11.07 einstimmig so beschlossen

19

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In den
- Kulturausschuss einstimmig

VA 13.12.07: einstimmig

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Weiterentwicklung der hannöverschen Museenlandschaft

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Herbst externe Beratung und Begleitung den Prozess zur Neuorganisation und fachlich-inhaltlichen konzeptionellen Entwicklung der hannoverschen Museumslandschaft durchzuführen. Die Museumsentwicklung soll folgende Punkte berücksichtigen:

1. Durchführung eines Dialoges aller hannöverschen Museen (incl. Landesmuseum) zur Neuorganisation und inhaltlichen Kooperation.
2. Entwicklung eines Gesamtkonzeptes unter Einbeziehung von Kooperationsmöglichkeiten bei den inhaltlich-fachlichen Ausrichtungen, wie auch der museumspädagogischen Angebote mit einem Schwerpunkt auf die Erschließung neuer bzw. zusätzlicher Besuchergruppen.
3. Erarbeitung von Qualitätsstandards im Kontext des Deutschen Museumsverbandes.
4. Erarbeitung von möglichen kooperativen Strukturen der inhaltlichen Arbeiten wie Archivieren, Konservieren, Restaurieren und Forschungsprojekten.
5. Prozess- und Ergebnisevaluation.
6. Die Verwaltung wird zudem gebeten, Gespräche mit der Landesregierung über eine Einbeziehung des Landesmuseums in diesen Prozess, zu führen.
7. Die Verwaltung informiert den Kulturausschuss über die Entscheidung der Beratung und Begleitung und bezieht den Kulturausschuss in die Entwicklungsschritte ein.

Begründung:

Der Prozess der Museumsentwicklungsplanung ist bereits 2004 vom Rat der Landeshauptstadt Hannover initiiert worden. Nach einer Ist-Analyse und einer Anhörung von Fachleuten ist dieser Prozess jedoch ins Stocken geraten.
Mit einer externen Fachberatung ist die Chance zur Neuorganisation der hannöverschen Museumslandschaft dahingehend gegeben, dass neue Wege der Zusammenarbeit, Kooperation und Vernetzung aller am Prozess Beteiligten beschritten werden können.
Eine Beteiligung des Landesmuseums an diesem Entwicklungsprozess ist wünschenswert.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

(20)

KA 23.11.07 einstimmig so beschlossen

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In
- den Kulturausschuss einstimmig

VA 13.12.07: einstimmig

Zusatzantrag

gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
Tanztheater Hannover

3312.000

Antrag zu beschließen:
Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept für ein Tanztheater in Hannover zu entwickeln. Bei der Suche nach einem geeigneten Standort für dieses Theater soll überprüft werden, ob vorhandene Standorte wie z.B. die Eisfabrik in eine Konzeption einbezogen werden können.

Begründung:
Tanztheater wird in Hannover vor allem durch das Ballettensemble des niedersächsischen Staatstheaters Hannover repräsentiert. Die Ostertanztage im Staatstheater Hannover kooperieren mit dem Internationalen Choreographenwettbewerb. Daneben findet 2008 das renommierte Festival Tanztheater International in Hannover statt, genauso wie die Tanzplattform Deutschland. Darüber hinaus gibt es die freie Tanzszene mit z.B. der Compagnie Fredeweß und die Eisfabrik.
Hannover hat sich einen Namen in der Tanztheaterszene erworben, ohne jedoch ein eigenes Tanztheater als bespielbaren Ort vorhalten zu können. Für die Weiterentwicklung des guten Niveaus soll daher ein zentraler Ort für zukünftige renommierte Tanztheaterveranstaltungen gefunden werden. Es geht darum die Trainings- und Auftrittsmöglichkeiten der oben genannten freien Tanztheater - Gruppen zu verbessern, indem geeignete Räumlichkeiten, in denen Schwingboden eingebaut werden könnte, gefunden werden.
Darüber hinaus ist zur besseren Vermarktung des Standortes die Hannoversche Marketinggesellschaft (HMG) einzubeziehen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

21

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

UA 23.11.07 6:3:0

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In
- den Kulturausschuss 6:3:0

VA 13.12.07: 6:4

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Finanzstelle 3490 – Sonstige Kunstpflege
Finanzposition 718000 – Zuschüsse an übrige Bereiche
Hier: Eisfabrik

Antrag zu beschließen:

1. Der Verein Eisfabrik e.V. erhält eine jährliche Schuldendienstbeihilfe in Höhe von 23.000 € für eine Laufzeit von fünf Jahre für die Nutzungserweiterung und Umbau der Eisfabrik, insbesondere der weißen Halle.

Begründung:
Die Eisfabrik hat sich in 20 Jahren als Zentrum für multimediale Kunst und Theater überregional einen Namen gemacht. Das Haus und seine Künstler stehen für qualitativ hochwertige Ausstellungen, Inszenierungen, Gastspiele und kooperieren mit anderen Künstlern und Häusern. Innerhalb der Südstadt trägt die Eisfabrik zur Stadtteilentwicklung bei.
Damit das Kunst- und Kulturzentrum als Produktions- und Veranstaltungsort weiterhin diesen Anforderungen entsprechen und sich als Kulturstandort weiter entwickeln kann, ist
1) eine allgemeine und eine energetische Sanierung notwendig und
2.) eine räumliche Erweiterung zur Nutzung notwendig.
Hierfür liegt ein entsprechend Antrag der Eisfabrik mit Detailplanung vor.
Bei der Erweiterung ist die weiße Halle einzubeziehen und der Anbau / Umbau für ein Tanztheater zu prüfen. Kultrog

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

(22)

UA 23.11.07
6:3:0

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den Kulturausschuss 6 : 3 : 0
VA 13.12.07: Ziff. 2: 6:4

19.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 3490 – Sonstige Kunstpflege
Finanzposition 718000 – Zuschüsse an übrige Bereiche
Hier: Atelierhaus e.V.

Antrag zu beschließen:

1. Der Verein Atelierhaus e. V. erhält eine **jährliche Schuldendienstbeihilfe in Höhe von 35.000 € für den Zeitraum von fünf Jahren** für den Erwerb und Ausbau des sog. Marinebaus auf dem Gelände der ehemaligen Firma Sorst in Hannover-Hainholz.

2. Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Verein Atelierhaus e.V. zu vereinbaren, dass auch künftig der künstlerische Nachwuchs im Atelierhaus gefördert wird, und dass Haus das mit Kunstausstellungen, Veranstaltungen etc. auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

X Antrag

Begründung:

Der Atelierhaus e.V. betreibt als gemeinnütziger Verein in einem denkmalgeschützten Fabrikgebäude seit 1994 Ateliers für Künstlerinnen und Künstler. Das Haus hat einen erstklassigen, überregionalen Ruf als eine der wichtigsten Adressen in Stadt und Land. Die hier arbeitenden Künstlerinnen und Künstler sind international tätig, vielfach ausgestellt und ausgezeichnet. Das Haus dient auch dem künstlerischen Nachwuchs als Anlaufstelle.

Das Haus steht nun zum Verkauf. Der Verein möchte dieses interessante Objekt erwerben und hat bereits Drittmittel eingeworben. Die Stadt Hannover wird ein Drittel des Kaufpreises finanzieren. Mit den eingesparten Mieten soll das Gebäude renoviert werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

(23)

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

UA 23.11.07 6:3:0

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

21.11.2007

In den
- Kulturausschuss 6:3:0
- Verwaltungsausschuss 13.12.07 Ziff. 2 : 6:4

Änderungsantrag

gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 3660.000 - Heimatpflege
Finanzposition 600000 – Sonstige Geschäftsaufwendungen

Netzwerk Erinnerung und Zukunft

Antrag zu beschließen:

1) Zur Fortführung der erfolgreichen Arbeit des Netzwerks in den Jahren 2006 und 2007 wird der Ansatz

von	20.500 €
um	9.500 €
auf	30.000 €

erhöht.

2) Die Verwaltung wird beauftragt, für die Entwicklung eines Konzeptes zur Erinnerungskultur in Hannover, insbesondere unter Einbeziehung der Entwicklung einer neuen Konzeption der Mahn- und Gedenkstätte Ahlem, in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Erinnerung und Zukunft und der Region Hannover im Stadtarchiv die personellen Voraussetzungen - befristet bis 2012 - zu schaffen.

Begründung:

Auf Grundlage der bereits entwickelten Arbeit und der durch den Besuch im El – De – Haus in Köln begonnen Diskussion um die Gedenkstättenarbeit in und für Hannover, ist es zwingend geboten, eine gemeinsame Entwicklung und Zusammenarbeit von Stadt und Region zu fördern. Besonders bedacht werden soll die Entwicklung eines Besucherdienstes und die Verbesserung des Internetauftritts der Gedenkstätte Ahlem.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

(24)

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In den
- Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten s. a) + b)
- Verwaltungsausschuss 13.12.07 a) einstimmig b) 7:3

Zusatzantrag

gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Vermögenshaushalt
Finanzstelle 8890.002 Sonstiges Grundvermögen
Finanzposition 340000 Erlöse aus Grundstücksverkauf

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

a) die Möglichkeiten zur Umnutzung und Veräußerung für städtische Gebäude und Flächen Leinstraße/Köbelinger Markt zu prüfen sowie
b) die Bemühungen zum Verkauf des städtischen Grundstücks am Marstall zu verstärken (Parkplatz) und die Erlöse für die Neugestaltung im Bereich Leineufer-Goethestraße-Historisches Museum zu verwenden.

} einstimmig beschlossen

FWL: 8 : 3 : 0

Begründung

Mit der Aktivierung und Umnutzung dieser attraktiv gelegenen Grundstücke soll ein Beitrag für die städtebauliche Aufwertung der Innenstadt geleistet werden, und zwar auf Grundlage von Ergebnissen aus städtebaulichen Wettbewerben.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

NW2: 8:3:0

25

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In den
- Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- Verwaltungsausschuss 13.12.07 7:3

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt, Vermögenshaushalt und Mifrifi
Wirtschaftsplan FB Gebäudemanagement
Sanitäranlagen in Schulen

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des bestehenden Ansatzes für bauliche Unterhaltung von Schulen einen Betrag von 200.000 Euro für **notwendige Sanierungsmaßnahmen von Sanitäranlagen in Schulen** bereit zu stellen. Die Verwaltung legt dazu bis Ende März 2008 eine Maßnahmenliste vor.

Für gestalterische Maßnahmen von Sanitäranlagen sollen im Rahmen von Schülerbeteiligungs-Projekten die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Die Toilettenanlagen in den Schulen befinden sich grundsätzlich in einem nutzungsfähigen Zustand. Allerdings wird häufig über Vandalismus, Geruchsbelästigungen, schlechte Pflege und eine nicht sachgerechte Benutzung der Toilettenanlagen durch die Schülerinnen und Schüler geklagt. Zum Teil sind die Geruchsbelästigungen auch baulich verursacht.

Bezüglich des pfleglichen Umgangs mit den Toilettenanlagen sind die Schulen selbst gefordert. Dies kann z.B. durch entsprechende Kontrolldienste geschehen.

Einige Schulen wie z.B. der IGS Vahrenheide-Sahlkamp oder die Schillerschule haben ihre Toilettenanlagen im Rahmen von Beteiligungsprojekten mit Schülerinnen und Schülern selbst gestaltet. Die Erfahrungen mit diesen Projekten sind durchweg positiv. Der pflegliche Umgang mit den Anlagen hat sich deutlich verbessert, Vandalismus kommt dort nicht mehr vor. Deshalb sollen diese positiven Erfahrungen auch auf andere Schulen übertragen werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Michael Dette
stv. Fraktionsvorsitzender

Einstimmig (27)

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

16.11.2007

In den
- Organisations- und Personalausschuss 21.11.07 einstimmig
- Verwaltungsausschuss 13.12.07 einstimmig

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
Weiterentwicklung des Zuwendungscontrollings
Weitergehende Erprobung von Zuwendungsverträgen

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Frühjahr 2008 einen Erfahrungsbericht über das Zuwendungscontrolling vorzulegen. Ziel ist es, daraus Vorschläge zur Weiterentwicklung und ggf. Vereinfachung zu entwickeln und umzusetzen.

Die Verwaltung wird ferner aufgefordert, den Abschluss weiterer Zuwendungsverträge mit Zuwendungsempfängern aus den Bereichen Jugend, Kultur und Soziales vorzubereiten und den Ratsgremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Dazu sollen die Zuwendungsverträge in der Regel für drei Jahre abgeschlossen werden. Die damit verbundenen Ziele und die geplanten Leistungen bzw. Maßnahmen sollen verbindlicher als bisher dokumentiert werden. Gleichzeitig soll den Zuwendungsempfängern größere Flexibilität bei der Verwendung der Zuwendungen gewährt werden, sofern dies den vertraglichen Zielen und Leistungen entspricht. Erwirtschaftete Überschüsse sollen bei den Zuwendungsempfängern verbleiben und auf zukünftige Haushaltsjahre übertragen werden können, sofern diese vertragsgemäß verwendet werden.

Beide Vorhaben sollen durch die bestehende „Kleine Kommission Zuwendungscontrolling" begleitet werden.

Begründung:
Mit dem weiteren Abschluss von Zuwendungsverträgen soll ein wirtschaftlicher Umgang mit den Zuwendungen belohnt und die Transparenz über die Leistungen der Zuwendungsempfänger weiter verbessert werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

28

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

10 : 0 : 1

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den
- Organisations- und Personalausschuss 21.11.07
- Verwaltungsausschuss VA 13.12.07 einstimmig

Gleichstellungsausschuss zur Kenntnis

16.11.2007

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzposition 0221
Vergabe der Frauenfördermittel

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- die Kriterien und das Verfahren zur Vergabe von Mitteln zur Förderung der Gleichstellung neu zu regeln
- die Zielgruppen unter Berücksichtigung der Schwerpunkte Frauenförderung, Gendermainstreaming sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die damit verbundenen zu fördernden Maßnahmen neu zu definieren
- mindestens die Höhe der in den Haushalt 2008 eingestellten Mittel zu erhalten.

Begründung:

Dem Bericht zur Vergabe der Frauenfördermittel für das Haushaltsjahr 2006 (Info. DS 1927/2007) war zu entnehmen, dass im Jahr 2006 3,04% des Personalkostenansatzes für Maßnahmen zur Frauenförderung aufgewendet wurden. Wichtige Voraussetzung für die Bewilligung der Mittel ist das Entstehen zusätzlicher, nicht geplanter Personalkosten und eine nur vorübergehende Finanzierung.

Nachdem sich die rechtlichen Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren verändert haben, sollte eine Überprüfung und Neuausrichtung vorgenommen werden

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

einstimmig (29)

In den

- Organisations- und Personalausschuss 21.11.07
- Verwaltungsausschuss 13.12.07 einstimmig

19.11.2007

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
Wirtschaftsplan hannover.de Internet GmbH
Überarbeitung der Darstellung der Beratungsangebote auf hannover.de

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. zusammen mit der Region Hannover und der hannover.de GmbH eine Ergänzung des Internetangebots der Region und der Stadt Hannover vorzunehmen. Die Ergänzung soll zielgerichtet auf Nutzergruppen ausgerichtet sein und diesen unabhängig von Kenntnissen über Verwaltungsstrukturen einen schnellen Überblick über vorhandene Angebote präsentieren.
   Diese unter dem Stichwort "Portal" bekannte Technik wird ausgebaut mit dem Ziel, um unter anderem folgende Nutzergruppen besser zu unterstützen:

   - Junge Familien, die sich über das Angebot an ortsnahen Kindergärten, Krippen, Schulen und Jugendeinrichtungen informieren wollen
   - Menschen mit Behinderungen und mobilitätseingeschränkte Menschen, die besonders auf sie abgestimmte Angebote erhalten
   - Wirtschaftsinteressierte, die Ansprechpartner für Investitionen und Beratungen erwarten
   - Sozial Schwächere, die auf Sparangebote in der Region hingewiesen werden möchten (z. B. verbilligter Eintritt in Schwimmbäder, Öffnungstage von Museen mit reduziertem Eintritt, etc.)
   - Wissenschafts- und Kulturinteressierte
     Die Liste erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

2. im Organisations- und Personalausschuss regelmäßig über Fortschritte zu berichten.

3. Die Verwaltung wird ferner beauftrag zu prüfen, wie die Struktur und die kontinuierliche Pflege des Internetauftrittes der Stadtbezirke und der Stadtteile auf der Internetseite hannover.de verbessert werden kann.

Begründung:

Das Internetangebot von Region und Landeshauptstadt Hannover ist sehr gut aufgestellt. Gleichwohl setzt es beim Suchen vieler Informationen die Kenntnis über Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten zwischen Landeshauptstadt und Region voraus. Diese Unterteilung ist für Personen, die über diese Kenntnisse nicht verfügen, hinderlich.

Daher wird die Verwaltung aufgefordert, Portale einzurichten und damit räumliche und zuständigkeitsorientierte Trennungen zu überwinden und für den Nutzer transparent zu machen.

Beim Internetauftritt „Hannover.de" sind die Informationen aus den Stadtbezirken und der Stadtteilen bisher ungenügend berücksichtigt und nur schwer zugänglich

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

F

(31)

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den
Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen beschlossen
VA 13.12.07: einstimmig

15.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Vermögenshaushalt
Finanzstelle 5800 VOH 001 – Grünanlagen, Grünflächen, Spielplätze
Finanzposition 960000 – Anlage, Erneuerung Sport-, Spiel-, Grünflächen

Antrag zu beschließen:

Aus dem vorhandenen Ansatz von 340.000 € werden 20.000 € für die Reparatur und Aufwertung des Rodelberges in der Eilenriede eingesetzt.

– angenommen.

Auftrag an die Verw.

Begründung:

Mit dem Antrag soll dem Wunsch aus den Stadtbezirksräten Mitte und Vahrenwald-List nachgekommen werden, die eine Generalüberholung des Rodelberges angeregt haben. Die Notwendigkeit ist von den Fachleuten aus dem Fachbereich bestätigt worden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

32

16.11.2007

In den

- Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen angenommen

VHS 13.12.07: 7:3

Zusatzantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Vermögenshaushalt
Finanzstelle 5910.901 Landschaftsräume
Finanzposition 960000 Anlage, Erneuerung Sport-, Spiel-, Grünflächen

zu beschließen:

Der städtische Anteil von 46.000 € für Maßnahmen in den Landschaftsräumen soll auch dann bereitgestellt werden, wenn die Co-Finanzierung durch die Region Hannover (46.000 €) entfallen sollte.

-angenommen-

Begründung

Es sollen zumindest städtische Gelder bereitstehen, um in den Landschaftsräumen Maßnahmen für Erholung und Naturschutz aus dem bewährten Programm fortsetzen zu können.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

ev

33

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den
Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen angenommen
VA 13.12.07: 7:3

15.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Vermögenshaushalt
Finanzstelle 7530 VOH 901 – Stadtfriedhof Seelhorst,
Sonstige Maßnahmen
Finanzposition 940200 – Baumaßnahmen

Antrag zu beschließen:

Aus dem vorhandenen Ansatz in Höhe von 16.000 € werden Planungsmittel zum barrierefreien Umbau der Friedhofskapelle des Stadtteilfriedhofs Kirchrode zur Verfügung gestellt.

Antrag auch verw.

angenommen!

Begründung:

Die Friedhofskapelle ist nur über drei Stufen vor der Kapelle zu erreichen. Der Zugang soll barrierefrei gestaltet werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

ev

34

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

16.11.2007

In den
- Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen angenommen (10:1)

VTA 13.12.07 6:4

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 1200.000 Umweltschutz
Finanzposition 655000 – Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten

zu beschließen:

20. Nov. 2007

Der Ansatz von	0 €
wird um	10.000 €
auf insgesamt	10.000 € erhöht.

Die Mittel sollen im Bedarfsfall die Möglichkeit einräumen, ein Planfeststellungsverfahren zur stofflichen Erweiterung der Deponiekapazitäten in Hannover-Lahe zu begleiten.

Antrag

– angenommen!

Begründung:

Es gibt Überlegungen, eine asbestverseuchte Halde von Wunstorf-Luthe auf die Deponie in Hannover-Lahe zu verlagern. Dafür besteht bislang keine planrechtliche Zulassung. Wenn die beantragt werden sollte, soll die Stadt Hannover alle Möglichkeiten zur Begleitung des Verfahrens haben, um gesundheitliche Risiken zu vermeiden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

eV

35

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

16.11.2007

In den
- Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen angenommen (10:1)

VA 13.12.07: 9:1

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 5800.000 Grünanlagen
Finanzposition 511000 Unterhaltung Spielplätze, Grünflächen

20. Nov. 2007

zu beschließen:

Der Ansatz von	1.815.000 €
wird um	50.000 €
auf insgesamt	1.865.000 € erhöht.

Aus dem Gesamtansatz sind 100.000 € (statt der ursprünglich vorgesehenen 50.000 €) für die Sanierung von Straßenbäumen zweckgebunden.

Auftrag

angenommen

Begründung:

Die Gelder werden für die Wurzelraumsanierung von Straßenbäumen benötigt, um den wertvollen Baumbestand zu erhalten. Hannover hat einen Bestand von rund 44.000 Straßenbäumen.
Der Ansatz gemäß Haushaltsjahr 2007 wird hierfür wiederhergestellt.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

36

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

15.11.2007

In den
Werkssausschuss Städtische Häfen Zustimmung am 19.11.2007
VA 13.12.07 einstimmig

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007
Wirtschaftsplan der Städtischen Häfen Hannover
Hier: Darstellung der Geschäftsfelder in Sparten

Antrag zu beschließen:

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Häfen Hannover werden - beginnend mit dem kommenden Wirtschaftsplan 2009 – nach den Sparten Bahn, Hafen / Kran und Grundstücke aufgeschlüsselt dargestellt.

Begründung:

Die Spartendarstellung wird die erforderliche Transparenz zur Beurteilung der verschiedenen Geschäftsfelder herstellen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

Fachbereich Finanzen
20. Nov. 2007

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Dezernat I
19. Nov. 2007
9:57

18.60

37

16.11.2007

In den
- Werksausschuss für Hannover Congress Centrum
- Verwaltungsausschuss 13.12.07: 9:1

: Bei 1 Gegenstimme angenommen

In die
- Ratsversammlung 2. Lt. am 20.12.07

Zusatzantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Haushaltssatzung 2008
Wirtschaftsplan Hannover Congress Centrum
Saalmiete vom NPD-Parteitag spenden

Antrag zu beschließen:

Die Einnahmen des HCC aus der Saalmiete vom NPD-Parteitag am 15.09.2007 in Höhe von 2.500,- € gehen als Spende an die Amadeu Antonio Stiftung.

Begründung:

Mit der Verwendung der Einnahmen aus der Saalmiete vom NPD-Parteitag am 15.09.2007 als Spende an das Amadeu Antonio Stiftung dokumentiert das Hannover Congress Centrum unmissverständlich, dass die NPD als Gast nicht willkommen war.

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für die Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Kultur im Alltag ein. Dafür unterstützt sie Initiativen und Projekte, die sich kontinuierlich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus bekämpfen und die für den Schutz von Minderheiten eintreten. Über eine finanzielle Unterstützung hinaus ist es die wichtigste Aufgabe der Stiftung, zu ermutigen, Eigeninitiative vor Ort zu stärken und Projekte zu vernetzen. Zudem reagiert die Stiftung auch auf aktuelle Entwicklungen, bei denen sich Lücken staatlichen und zivilgesellschaftlichen Handelns zeigen mit eigenen und neuen Projekten.

Schwerpunkt der Amadeu Antonio Stiftung ist die finanzielle Unterstützung und fachliche Beratung von lokalen Initiativen und Projekten in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und -hilfe, alternative Jugendkultur sowie von kommunalen

Netzwerken, die demokratisches Handeln stärken und die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Partner vermitteln. Außerdem fördert die Amadeu Antonio Stiftung das bundesweit einzigartige Aussteigerprojekt »EXIT« und das Zentrum Demokratische Kultur, das rechtsextreme Erscheinungsformen analysiert und Gegenstrategien entwickelt. Als Trägerin des Opferfonds Cura unterstützt die Amadeu Antonio Stiftung Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt direkt.

Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 in einer brandenburgischen Kleinstadt von rechtsextremen Jugendlichen zu Tode geprügelt. Er war eines der ersten Todesopfer rassistischer Gewalt nach dem Fall der Mauer.

Die gemeinnützige Stiftung wurde 1998 gegründet und steht unter der Schirmherrschaft des Vizepräsidenten des deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

(38)

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

11:0:0

16.11.2007

In den
- Sozialausschuss
- Verwaltungsausschuss 13.12.07 einstimmig

Änderungsantrag **gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover Zur DS 1961/2007 – Vorwaltungshaushalt, Finanzstelle 4125.000 Beförderung von nicht-umsetzbaren Rollstuhlfahrern und -Fahrerinnen**

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Betroffenen und Anbietern von Beförderungsdiensten in der Region Vorschläge zu entwickeln, um eine Beförderung von nicht-umsetzbaren Rollstuhlfahrern und –Fahrerinnen sicher zu stellen. Dadurch soll eine Regelung geschaffen werden, nicht-umsetzbaren Rollstuhlfahrern und –Fahrerinnen abends und am Wochenende und ohne vorherige Anmeldung zu mehr Mobilität zu verhelfen, ohne dass für die Betreffenden im Vergleich zu nicht-behinderten Menschen Mehrkosten entstehen.

Begründung:

Nicht-umsetzbare Rollstuhlnutzer und –Nutzerinnen stehen in Hannover immer wieder vor der Situation, dass für spontane private Fahrten kein für sie geeignetes Beförderungsmittel zur Verfügung steht. Insbesondere in den Nachtstunden oder bei einem Rollstuhldefekt ist dies problematisch.
Darüber hinaus ist die Anzahl der eingesetzten Sonderfahrzeuge bei den örtlichen Taxiunternehmen zu gering, deren Nutzung zudem mit einem erhöhten Beförderungsentgelt zu Buche schlägt.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

39

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In den
- Sozialausschuss
- Verwaltungsausschuss 13.12.07

11:0:0 einstimmig

Änderungsantrag

gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt,
Finanzstelle 4317.000 - Offene Seniorenarbeit
Finanzposition 788000 - Sonstige Soziale Leistungen

Öffentlichkeitskonzept Kommunaler Seniorenservice

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Zweckbindung in der genannten Finanzstelle vorzunehmen in Höhe von

5.000 €

für die Überarbeitung des Konzeptes zur Öffentlichkeitsarbeit des Kommunalen Seniorenservice Hannover (KSH).
Dabei sollen drei Kriterien erfüllt werden:
- Das Konzept soll die Angebote in der Darstellung bündeln und einheitlich darstellen, so dass für SeniorInnen eine Übersicht hergestellt wird.
- Die Darstellung soll auch für MigrantInnen nutzbar sein
- das Seniorentelefon Hannover soll als niedrigschwelliges Angebot auf geeignete Weise z.B durch Aufkleber und Plakate in Begegnungsstätten zusätzlich hervorgehoben werden.

Begründung:
Ältere Menschen und ihre Angehörigen finden sich zu verschiedenen Fragestellungen oftmals mit einer Flut von Informationen konfrontiert. Diese sollen für die KundInnen des KSH in übersichtlicher und verständlicher Weise zusammengefasst werden.
Auch ältere MigrantInnen und Migranten und deren Familien sind eine Zielgruppe des KSH. Um diese auf seine Angebote aufmerksam zu machen, müssen sie innerhalb eines neuen Konzeptes zur Öffentlichkeitsarbeit zielgruppengerecht angesprochen werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

40

11:0:0 **19.11.2007**

In den
- Sozialausschuss
- Verwaltungsausschuss 13.12.07 (Enstimmig)

Zusatzantrag

gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt,
Konzept kultursensible Altenhilfe in städtischen Einrichtungen der Altenhilfe

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zum Herbst 2008 eine Planung zur qualitativen Verbesserung der Integration von Migrantinnen und Migranten im Sinne einer kultursensiblen Altenhilfe in städtischen Einrichtungen der Seniorenarbeit vorzulegen.
Die Planung soll aufsuchende und gemeinwesenbezogene Ansätze in offenen und stationären Einrichtungen darstellen, insbesondere zu folgenden Bereichen:

- Einrichtungen der stationären Pflege (hier insbesondere zum Einsatz von Altenpflegepersonal)
- Angebote der offenen Seniorenarbeit (hier insbesondere Angebote im Freizeitbereich und Beratungsangebote)

Begründung:
Alte Migrantinnen und Migranten nutzen bisher die städtischen Einrichtungen der Altenhilfe kaum. Sie besitzen jedoch einen Anspruch auf Nutzung des deutschen Altenhilfe- und Gesundheitssystems, so dass in den Institutionen der Altenhilfe deren individuelle Bedürfnisse und Bedarfe zukünftig stärker berücksichtigt werden müssen. Für Migrantinnen und Migranten soll daher der Zugang zu den Institutionen der städtischen Altenhilfe hergestellt und ein kultursensibles fachliches Handeln in diesen Einrichtungen sichergestellt werden, so dass sie alle dort angebotenen Dienstleistungen nutzen können.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

41

11:0:0

In den
- Sozialausschuss
- Verwaltungsausschuss 13.12.08: einstimmig

16.11.2007

Änderungsantrag

gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 4980.000
Hier: Bildungsmaßnahmen für Prostituierte

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Fördermittel zu akquirieren, in deren Rahmen Bildungsmaßnahmen für ausstiegswillige Prostituierte angeboten werden können, die einen beruflichen Umstieg ermöglichen. Ein entsprechendes Konzept soll zum Sommer 2008 vorliegen. Dabei sollen die Erfahrungen aus der vergangenen Maßnahme im Jahre 2002 Berücksichtigung finden.

Begründung:

Neue berufliche Perspektiven zu entwickeln, ist für viele Prostituierte eine wichtige Angelegenheit und ein ebenfalls erklärtes Ziel der Bundesregierung. 2002 bot die Volkshochschule Hannover und Phoenix e.V. eine einjährige „Qualifizierung zur Fachkraft für Textverarbeitung" an, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wurde. Ein aktuelles Programm gibt es in Niedersachsen derzeit nicht. Vorreiter im Bereich Ausstiegshilfe ist Nordrhein-Westfalen, zu nennen ist beispielsweise das Projekt „ProFridA". Das Diakonische Werk Westfalen koordiniert hier ein Umstiegsprojekt und qualifiziert ehemalige Prostituierte für eine Tätigkeit im pflegerischen/hauswirtschaftlichen Bereich oder im Arbeitsfeld Marketing/Verkauf.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt Ausstiegsprogramme und Ausstiegshilfen. Es ist zu prüfen, inwieweit sich dies auch auf finanzielle Unterstützung bezieht. Dies gilt auch für Mittel des Europäischen Sozialfonds und des Landes Niedersachsen.

Die 2002 stattgefundene Maßnahme hat gezeigt, dass der ALG II Bezug als Vorraussetzung der Teilnahme nicht förderlich war. Die Möglichkeit der Teilnahme muss auch für Frauen bestehen, die noch als Prostituierte tätig sind. Auch die Kombination mit Frauen, die freiwillig in der Sexarbeit tätig sind und denen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, war kontraproduktiv. Außerdem sollte die Maßnahme als Integrationsmaßnahme für Migrantinnen offen sein, denn etwa 60 % der Prostituierten sind Migrantinnen.

Laut einer Befragung durch Phoenix e.V. interessieren sich derzeit 70 Frauen für eine solche Maßnahme.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

(42)

M:0:0

In den
- Sozialausschuss
- Verwaltungsausschuss 13.12.07: einstimmig

19.11.2007

Zusatzantrag

gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt,
Hannover - Aktiv - Pass

Antrag zu beschließen:

Die Einführung eines „Hannover – Aktiv – Passes" wird von der Verwaltung geprüft. Dazu ist

1. Eine Anhörung im Sozialausschuss durchzuführen über das Konzept und die Möglichkeiten des Einsatzes eines „Sozialpasses" in Hannover. Hierzu sollen andere Städte und Institutionen, die Erfahrungen damit haben, eingeladen werden (z.B. das Agenda – Büro aus Oldenburg, VertreterInnen aus Köln, u.a.).

2. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Anhörung ist von der Verwaltung zu prüfen, ob und in welcher Form ein Hannover – Aktiv – Pass eingeführt werden kann. Neben der inhaltlichen Konzeption sind auch die finanziellen Auswirkungen für die Stadt im Einzelnen darzustellen.
   Die Ergebnisse der Prüfung legt die Verwaltung im Herbst 2008 vor.

Begründung:

Andere Städte halten ein Angebot für einkommensschwache Personen und Familien vor, mit dem nach einem Rabattsystem die Partizipation an den Bereichen Kultur, Bildung und Sport/Gesundheit ermöglicht bzw. erhöht wird. Gute Beispiele hierfür sind der „Oldenburg – Pass" oder die Kulturkarte in Berlin.
Für den Bezug des Passes soll eine Einkommensgrenze ermittelt werden. Hierzu ist zu prüfen, ob sich Berechnungssysteme wie z.B. die Pfändungsgrenze oder die Einkommensgrenze für einen Freiplatz im Kindergarten eignen.
Ziel ist, nicht nur Personen aus dem Wirkungskreis des SGB II und XII einzubeziehen, sondern auch einkommensschwache Haushalte.

Geprüft werden soll auch, ob der Bezug zentral z.B. über die Bürgerämter möglich ist.

Pässe ermöglichen ein entstigmatisierendes Verfahren, Ermäßigungen in den genannten Bereichen in Anspruch zu nehmen. Karten werden auch als Rabattkarten mittlerweile in allen Bereichen der Gesellschaft eingesetzt und sind nichts Auffälliges mehr.

Der Hannover – Aktiv – Pass soll kein Ersatz für Eigenleistung sein. Die TeilnehmerInnen sollen angeregt werden, aktiv Kultur-, Bildungs-, Sport-, und Gesundheitsangebote in Anspruch zu nehmen.

Daher ist bei der Erstellung eines Konzeptes auch ein geringfügiger Beitrag zum Erwerb einzubeziehen. Der „Oldenburg – Pass" kostet z.B. 5,00 Euro für Erwachsene und 2,50 Euro für Kinder bis 14 Jahren, dies deckt in etwa die Herstellungskosten des Passes.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

43

20.11.2007

In den
- Jugendhilfeausschuss einstimmig
- Verwaltungsausschuss 13.12.07 einstimmig Finanz 2.41.

Zusatzantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt

Verbesserung der Integration in Kindertagesstätten für U 3 und Schulkinder

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, über die Kommunalen Spitzenverbände mit der Niedersächsischen Landeregierung Verhandlungen zur Übernahme der Kosten für die Eingliederungshilfe (SGB XII) für Kinder unter 3 Jahren und Schulkinder aufzunehmen.

Über den Verhandlungsstand ist der Jugendhilfeausschuss regelmäßig zu informieren.

Begründung:

Die gesetzlichen Landesregelungen zur Finanzierung von integrativen Gruppen in Krippen und Horten sind z.Zt. an Einzelfallentscheidungen gebunden. Um auch die Integration dieser Altersgruppen voranzutreiben, muss diese Finanzierungspraxis geändert werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Ingrid Wagemann
stellv. Fraktionsvorsitzende

44

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

22.11.2007

In den
- Jugendhilfeausschuss 13 : 1 : 0 Tritt zu kl.
- Verwaltungsausschuss 13.12.07: 9 : 1

Änderungsantrag **gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover**
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 4510 – Kinder- und Jugendarbeit
Finanzposition neu - Konzeptionelle Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit

Antrag zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Ausschreibung für die wissenschaftliche Begleitung eines Prozesses zur Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit in Hannover für vorerst 3 Jahre (optional 2 weitere Jahre) vorzunehmen. Die Angebote der Fachinstitute sollen folgende Punkte berücksichtigen:
   - Durchführung eines öffentlichen Dialog- und Konzeptionsprozesses mit dem Ziel der Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur sozialräumlich ausgerichteten bedarfsgerechten Organisation der Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Hannover unter Beteiligung von Akteuren der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe. In die Entwicklung des Konzeptes sind Angebote aus Bildung, Erziehung, Betreuung und der Freizeitgestaltung sowie der Schulen, Kultureinrichtungen, Vereinen, Wirtschaftsverbänden, Hoch- und Fachhochschulen einzubeziehen.
   - Erarbeitung von inhaltlichen und strukturellen Qualitätsstandards für die offene Kinder- und Jugendarbeit
   - Einbringen von Impulsen für die fachlich-inhaltliche Ausgestaltung der Kinder- und Jugendarbeit
   - Erarbeitung von Strukturen zur sozialräumlichen Zusammenarbeit, Vernetzung, Kontraktierung und Wirkungsdialogen für die Kinder- und Jugendarbeit
   - Begleitung der Erprobungsphase zur Umsetzung des Gesamtkonzeptes in 3 Stadtbezirken
   - Prozess- und Ergebnisevaluation
   - Entwicklung von Vorschlage für eine Übertragung auf die anderen Stadtbezirke

2. Die Verwaltung informiert den Jugendhilfeausschuss über die Entscheidung der wissenschaftlichen Begleitung und bezieht den Jugendhilfeausschuss in die Entwicklungsschritte ein.

3. Für die anfallenden Kosten (**50.000 € jährlich** für das Konzept erstellende Institut und **10.000 €** für Fort- und Weiterbildungsangebote und/oder Fachtagungen) werden für die kommenden drei Jahre jährlich insgesamt **60.000 €** zur Verfügung gestellt, davon 30.000 € aus vorhandenen Mitteln und 30.000 € werden zusätzlich eingesetzt.

Begründung:

Mit der Neuorganisation der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit sollen neue Wege der Zusammenarbeit und Vernetzung aller im Prozess des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen beteiligter beschritten werden. Diese Entwicklungen entsprechen auch den Aussagen des 12. Kinder- und Jugendberichtes, der die Notwendigkeit eines engeren Zusammenwirkens von Schule und den Akteuren der Jugendhilfe, der Kultur, des Sportes, der Wirtschaft, etc. als unverzichtbar beschreibt. Die Überwindung des Denkens und Handelns in institutionellen Kategorien und die damit verbundene Zuweisung separierender Einzelzuständigkeiten hin zu einem ganzheitlichen Verständnis der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen soll das Ziel sein. Das Gesamtkonzept soll aufbauend auf bestehende Prozesse und die DS .... zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hannover insbesondere auf folgenden Merkmalen basieren:

Optimale Entwicklungsförderung
Diese kann nur gelingen, wenn die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen (soziales, schulisches und emotionales Lernen) zur Persönlichkeitsbildung einem ganzheitlichen Ansatz folgt und die handelnden Akteure in gemeinsamer Verantwortung strukturiert und fachlich-inhaltlich abgestimmt zusammenarbeiten.

Verbindliche Vernetzungsstrukturen
Voraussetzung für eine gelingende Zusammenarbeit ist das Verschränken der Angebote aller Akteure ineinander hin zu einer strukturierten Abstimmung der Angebote. Es bedarf einer Weiterentwicklung der Kooperationskultur mit verbindlichen Kontrakten der beteiligten Organisationen. Diese Kontrakte dienen der Zuschreibung von Aufgabenfeldern zur Bearbeitung der Bedarfslagen im Sozialraum und zur Festschreibung der inhaltlichen und strukturellen Rahmenbedingungen. Gleichzeitig gegen sie insbesondere den freien Trägern eine finanzielle Planungssicherheit, analog den Kontrakten im Bereich der erzieherischen Hilfen.

Strukturelle Steuerung
Neben der notwendigen zentralen Steuerung ist die dezentrale Struktur der Koordination und Moderation in den Sozialräumen von besonderer Bedeutung. In welcher Form diese Aufgabe in den Sozialräumen umgesetzt werden kann (Lokale Bildungsbüros, Servicestellen, Steuerungsgruppen, etc.) als für die Netzwerkpflege zuständige Instanz, wird zu erarbeiten sein.

Umfassendes Berichtswesen
Grundvoraussetzung für die Ermittlung von Bedarfslagen und damit verbunden die fachliche Konzeptionisierung der inhaltlichen Arbeit im Sozialraum ist ein Verschränken der Planungsinstrumente aus den Bereichen der Jugendhilfe und Schule, aber auch ein Berichtswesen, dass Schulentwicklungs- und Jugendhilfedaten ebenso berücksichtigt wie Daten aus der Sozial- und Stadtentwicklungsplanung oder des Arbeitsmarktes. Ziel muss es dabei sein, die kleinräumig erhobenen Daten- und Planungsbefunde aufzubereiten und Hinweise für konkrete kurz- und mittelfristige Handlungsbedarfe zu liefern.

Evaluation und Wirksamkeitsdialoge
Die kontinuierliche Evaluation der Kooperations- und Abstimmungsstrukturen verbunden mit der Überprüfung der gewünschten und erzielten Wirkung sind unverzichtbar. Instrumente sind kontinuierlich weiterzuentwickeln. Ziel wird auch immer die Optimierung der Arbeit sein müssen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Ingrid Wagemann
stellv. Fraktionsvorsitzende

45

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den
Jugendhilfeausschuss 13 : 1 : 0 Fun 2.Hl j.
VHA 13.12.07 Satz 2: 9 : 1

19.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 4604 – Jugendzentren und Spielparks
Finanzposition 600000 – Sonstige Geschäftsaufwendungen
hier neu: Hochseilgarten Wakitu

Antrag zu beschließen:

Der Ansatz von	342.900 €
wird um	30.000 €
auf insgesamt	372.900 €

erhöht.

X Diese Finanzposition ist zukünftig in den Erläuterungen des Haushaltsplanes aufzuführen. Auftrag an die Verw.

Begründung:

Aufgrund der extremen Nachfrage und Auslastung des Hochseilgartens „Wakitu" sind erstmalig finanzielle Mittel für Personalkosten (20.000 €) und Sachmittel (10.000 €) erforderlich. Bisher erfolgte die Finanzierung aus eigenen Mitteln der Verbundpartner (Falken, Stadt Hannover, BBS 6 etc.)

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Ingrid Wagemann
stellv. Fraktionsvorsitzende

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

(46)

20.11.2007

In den
- Jugendhilfeausschuss 13:0:0 Fünf z.K. einstimmig
- Verwaltungsausschuss 13.12.07

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle - 4640

Dezentrale Ressourcenverwaltung für städtische Kindertagesstätten

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen die zentrale Ressourcenverwaltung für die städtischen Kindertagesstätten aufgehoben werden kann, um die entsprechenden Mittel den einzelnen Kindertagesstätten zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen.

Das Prüfungsergebnis ist dem Jugendhilfeausschuss bis zu den Ratsferien 2008 vorzulegen.

Begründung:

Die zentrale Materialbeschaffung erfordert eine weit vorausschauende Planung der Kindertagesstätten, die einen spontanen, an den aktuellen Erfordernissen der pädagogischen Arbeit ausgerichteten Materialeinkauf erschwert. Deshalb sollen die Rahmenbedingungen der zentralen Beschaffung aufgezeigt und eine Dezentralisierung geprüft werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Ingrid Wagemann
stellv. Fraktionsvorsitzende

47

CDU RATSFRAKTION HANNOVER

22.11.2007

In den
Jugendhilfeausschuss (26.11.2007) 8:5:0
Finanzausschuss 05.12.07 3:8:0 abgelehnt
VA 13.12.07 3:7
Verwaltungsdienst

Dezernat I
23. Nov. 2007

Änderungsantrag (Antrag)

gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates
der Landeshauptstadt Hannover
zu Anlage 1 der DS 1961/2007
(Verwaltungsentwurf Haushaltsjahr 2008)

Verwaltungshaushalt 2008
Finanzstelle: 4640
Finanzposition: NEU

Der Fachausschuss möge beschließen:

In Kindertagesstätten wird eine mobile psychologische Beratung für Kinder eingerichtet. Hierfür werden in einer neu einzurichtenden Finanzposition

Personalkosten von 68.000 € und Sachkosten von 15.000 €

bereitgestellt.

Nach einer 1-jährigen Modellphase werden die Erfahrungswerte überprüft sowie bewertet und eine mögliche Ausweitung auf andere Stadtteile neu diskutiert.

Antrag

Begründung:

Aufgrund der immer komplexeren Problemstellungen – besonders auch in Brennpunkt-Kitas – haben Kinder, Eltern und Erzieher zunehmend Beratungsbedarf. Hier könnte die mobile psychologische Beratung unkompliziert und direkt vor Ort frühstmögliche Hilfestellungen aufzeigen sowie Problemlösungen anbieten.

Rainer Lensing
Vorsitzender

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Osterstraße 59 Telefon (0511) 168 4 55 28 e-mail: cdu@hannover-stadt.de
30159 Hannover Telefax (0511) 168 4 50 51 Internet: www.cdu-hannover.de

48

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In den
- Jugendhilfeausschuss 13 : 1
- Verwaltungsausschuss 13.12.07 9 : 1

Finanz. H.

Änderungsantrag **gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover**
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 4640 und 4641 – Tageseinrichtungen für Kinder
Finanzposition neu - Inanspruchnahme des Landesprogramms „Familie mit Zukunft"

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, im Rahmen des Landesprogramms „Familie mit Zukunft" folgende Mittel zu beantragen:

1. Mittel für die modellhafte Erprobung folgender Bausteine:
   - Randzeitenbetreuung in Kindertagesstätten
   - 2 Modellkitas mit 12-Stunden-Öffnungszeit

   Ansatz: 150 000 €

2. Konzept (bis zum Sommer 2008 dem JHA vorzulegen) und Errichtung eines Familienservicebüros, dass den Ausbau des Beratungs- und Informationssystems als Service für Familien zum Ziel hat. Ein wesentlicher Schwerpunkt an dieser Stelle soll die Verbesserung des Internetauftrittes sein.
   Ansatz: 50.000 €

3. Erarbeitung von Konzepten zur Förderung besonderer Zielgruppen (Kinder in sozialen Brennpunkten) durch aufsuchende Elternarbeit und Angebote der Elternbildung. Hierzu wird eine Personalstelle befristet auf 3 Jahre eingesetzt.
   Ansatz: 25 000 €

4. Parallel zum Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren wird die Verwaltung eine Fortbildungs-Offensive starten, um ErzieherInnen und Tagespflegepersonen für die Anforderungen an Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern unter 3 Jahren zu qualifizieren.
   Ansatz: 25.000 €.

Begründung:

Die Niedersächsische Landesregierung stellt zur Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes und der frühkindlichen Bildung bis zum Jahr 2010 zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro bereit.

Die Kommunen sollen mit diesem Programm bei der Umsetzung der Vorgaben des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) und dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) unterstützt werden. Schwerpunkte des Programms sind die Förderung frühkindlicher Bildung und Betreuung außerhalb und/oder in Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten für unter Dreijährige, die übergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung der Betreuungsstrukturen, insbesondere von Tagespflegepersonen, Grundschulen und Kindertagesstätten, Fort- und Weiterbildung des Personals in den Kindertagesstätten sowie Qualifizierung und Weiterbildung von Tagespflegepersonen.

Hannover muss im Wettbewerb der Städte an mehr Familienfreundlichkeit gewinnen. Die umfassenden Dienstleistungen, die die Stadt vorhält, sollen für Familien transparent sein und müssen leicht zugänglich gemacht werden. Hierzu ist es einerseits notwendig, eine Anlaufstelle zu installieren, an der alle Informationen gebündelt zur Verfügung stehen. Zugleich muss es für Familien möglich sein, durch ein übersichtliches, einfaches System den Zugang zu diesen Informationen auch über das Internet zu ermöglichen.

Bei den städtischen Planungen sollen in maximal möglicher Summe Fördermittel des Landes für Maßnahmen und Projekte in Hannover akquiriert werden. Die entsprechende notwendige städtische Gegenfinanzierung ist von der Verwaltung sicherzustellen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Ingrid Wagemann
stellv. Fraktionsvorsitzende

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

(49)

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

19.11.2007

In den
- Jugendhilfeausschuss 14.0.0 Fin 7.11.
- Verwaltungsausschuss 13.17.07 einstimmig

Änderungsantrag **Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt**
Finanzstelle 4640 und 4641
Tageseinrichtungen für Kinder
Hier: Programm zum Ausbau von Krippen bis 2013

Antrag zu beschließen:

1. Zum bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren werden bis 2013 zusätzliche Plätze geschaffen. Dazu legt die Verwaltung ein Stufenkonzept mit zwei Varianten vor: bis Sommer 2013 soll a) eine Betreuungsquote von 40 % und b) eine Betreuungsquote von 50% erreicht werden. In diesem Kontext sind parallel die Finanzierungs- und Betriebskosten darzustellen.

   Die Plätze sollen u.a. dadurch entstehen, dass Kita-Plätze 3-6-jähriger in Krippenplätze umgewandelt werden, durch neue Krippen und durch den Ausbau von Tagespflegeplätzen. Hierzu werden Mittel aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung" (KBFG) des Bundes sowie aus dem Landesprogramm „Familie mit Zukunft" für die Tagespflege eingesetzt.
   In diesem Kontext wird das Land aufgefordert, sich im Rahmen einer Drittelfinanzierung an den Kosten zu beteiligen.

2. Ferner prüft die Verwaltung Möglichkeiten zum Um- oder Ausbau von Schulräumen und anderen städtischen Gebäuden, nimmt Kontakt mit Sportvereinen, Kirchen, Freien Trägern etc. auf, um auch an diesen Standorten Möglichkeiten zum An- bzw. Neubau von Einrichtungen zu eruieren.

3. Ein bedarfsgerechter Ausbau bis zum Jahr 2013 wird auch die Notwendigkeit zur Errichtung von Neubauten mit sich bringen. Auch hierzu prüft die Verwaltung geeignete Flächen und Standorte und bezieht das Ergebnis der Prüfung in das Stufenkonzept mit ein.

Begründung:
Ab 2013 besteht für Kinder unter drei Jahren ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Dazu ist es notwendig, rechtzeitig mit dem umfassenden Ausbau der Krippenplätze in Hannover zu beginnen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Ingrid Wagemann
stellv. Fraktionsvorsitzende

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

22.11.2007

In den
- Jugendhilfeausschuss 7:4:3 Fünf 2.4.
- Verwaltungsausschuss 13.12.07: 6:4

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt Finanzstelle 4640, 4641 und 4645 – Tageseinrichtungen für Kinder

Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in Kindertagesstätten

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Stufenplan zum Ausbau von Fachkräften in „Kleinen Kindertagesstätten" (zweite Kraft) und Kinderläden (dritte Kraft) vorzulegen, in denen Kinder unter 3 Jahre betreut werden.
Mit dem Schrittweisen Ausbau soll zum 1.8.2008 begonnen werden. Ziel ist es, zum 1.8.2009 in allen „Kleinen Kindertagesstätten" und Kinderläden eine zusätzliche Fachkraft einzusetzen.

Für den Ausbau werden die genannten Haushaltsstellen um insgesamt **400.000** Euro erhöht. Entsprechend der Zielsetzung werden die finanziellen Mittel fortgeschrieben.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, über die Kommunalen Spitzenverbände die Niedersächsische Landesregierung aufzufordern, Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung vorzunehmen und entsprechend die zusätzlichen Kräfte in allen Betreuungsgruppen U 3 zu finanzieren.

Begründung:
Vorschulische Bildung ist die wichtigste Grundlage für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und der erste Schritt zur Chancengleichheit. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für lebenslanges Lernen gelegt. Deshalb ist die Qualitätsanforderung an die Einrichtungen der Kinderbetreuung besonders intensiv zu betrachten.

Die Verwaltung hat mit der Drucksache 2224/2007 unterschiedliche Maßnahmen aufgezeigt, mit denen eine Qualitätsverbesserung in Kindertagesstätten herbeigeführt werden kann.
Mit der Umsetzung des genannten Stufenplanes wird der Einstieg in eine qualitative Verbesserung für Hannoversche Kindertagesstätten gelegt.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Ingrid Wagemann
stellv. Fraktionsvorsitzende

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

51

20.11.2007

In den
- Jugendhilfeausschuss 10:4:0 Finb 7.41.
- Verwaltungsausschuss 13.12.07: 6:4

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 4640 – 4641 – 4645
Kindertageseinrichtungen
Qualitätsverbesserung durch Integrative Plätze

Antrag zu beschließen:

Der Ansatz von	26.855.500 €
wird um	100.000 €
auf	26.955.500 €

erhöht.

Die Mittel werden eingesetzt, um ab dem Kindertagesstättenjahr 2008/2009 (01.08.2008) 5 Kindergartengruppen (3 - 6 Jahre) und 2 Krippengruppen (0 - 3 Jahre) einzurichten.

Begründung:
Integration von Kindern in Betreuungseinrichtungen darf nicht am Rechtsanspruch scheitern. Deshalb muss es Ziel sein, dem vorhandenen Bedarf an mehr integrativen Platzen auch dort nachzukommen, wo laut Prognose noch rechtsanspruchs-relevante Kindergartenplätze fehlen.
Mit dem Beitritt zur "Deklaration von Barcelona" im Jahr 2005 hat die Stadt Hannover deutlich gemacht, dass Sie auch eine lebenswerte Stadt für Menschen mit Behinderungen sein will und ihre Bemühungen zur gesellschaftlichen Integration in allen Lebenslagen verstärken will. In der Kinderbetreuung soll dieses Anliegen nun konkret umgesetzt werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Ingrid Wagemann
stellv. Fraktionsvorsitzende

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

52

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

20.11.2007

In den
- Jugendhilfeausschuss 10:4:0
- Verwaltungsausschuss 13.12.07: 6:4 Fin/B 7.4

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 4641 - Kindertageseinrichtungen
Finanzposition 601000 – Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen

Beschäftigung und Qualifizierung von „Rucksackmüttern"

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,
- die bestehende Arbeit mit den sog. „Rucksackmüttern" zu verstetigen und aufzuwerten, indem qualifizierte Mütter aus diesem Programm in ein Beschäftigungsverhältnis als geringfügig Beschäftigte (400 Euro-Jobs) übernommen werden.
- Zur Finanzierung werden in den Verwaltungshaushalt 2008 zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 Euro eingesetzt. Mit diesen Mitteln werden zum Kindergartenjahr 2008 / 2009 im ersten Schritt in jedem Stadtbezirk mit Bedarf eine entsprechend qualifizierte Mutter als geringfügig Beschäftigte eingesetzt, in weiteren Schritten in jedem Stadtteil. Die Koordination in der Verwaltung, die weitere Qualifizierung und Begleitung der Beschäftigten ist ebenfalls zu gewährleisten. Restmittel werden entsprechend dem Umsetzungsfortschritt ins nächste Haushaltsjahr übertragen.
- Die beteiligten Frauen werden weiter qualifiziert für ein neues Aufgabengebiet: Als "Stadtteilmütter" werden sie ein Bindeglied sein zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund und den Einrichtungen und Diensten vor Ort.
- Hierzu wird im FB 51 unter Einbeziehung der Projekte Familienzentrum und Sprachförderung ein Konzept erarbeitet, welches dem Jugendhilfeausschuss rechtzeitig vor den Ratsferien 2008 vorzulegen ist.
- Eine Zusammenarbeit mit und Finanzierung durch den Bereich der Beschäftigungsförderung ist zu prüfen.

Begründung:

Seit Beginn des Programms "Rucksackmütter" werden auf der Basis von Honorarverträgen in Hannover Frauen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen qualifiziert und im Bereich der Sprachförderung in Kindertagesstätten eingesetzt. In dem Programm wurde deutlich, welchen Wert die Arbeit dieser Frauen für die Einrichtung und für die interkulturelle Kommunikation hat. Durch die Einführung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen soll eine klare und verbindliche Zugehörigkeit zu den Kindertagestätten und den Familienzentren hergestellt werden. Die Frauen erhalten einen Status als Beschäftigte und ein eigenverantwortliches Aufgabenfeld; diese Wertschätzung hat neben der finanziellen Dimension eine weitergehende persönliche Dimension und stärkt die Frauen in ihrem Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen - Beschäftigung fördert zudem Integration.
Mit der Weiterqualifizierung der "Rucksackmüttern" zu "Stadtteilmüttern" sollen die Kompetenzen und Erfahrungen dieser neuen Mitarbeiterinnen genutzt werden, damit sie im Quartier die Funktion von Türöffnerinnen übernehmen können. Sie können informieren, vermitteln, auf Möglichkeiten und Probleme aufmerksam machen, bei der Umsetzung von Interessen helfen und Beteiligung fördern. Ihnen kann es gelingen, Kontakt zu Familien zu bekommen, die häufig durch andere öffentliche Angebote nicht erreicht werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Ingrid Wagemann
stellv. Fraktionsvorsitzende

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

53

20.11.2007

In den
- Jugendhilfeausschuss 10:1:1 Finanz 2.4.1.

VA 13.12.07 9:1

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 4650 - Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen
Finanzposition 718000 – Zuschüsse an übrige Bereiche 2.7. Männerbüro
„Arbeit mit sexuell Grenzverletzenden Verhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen"

Antrag zu beschließen:

Dem Männerbüro werden im Haushaltsjahr 2008 Mittel in Höhe von

20.000 €

zur Verfügung gestellt zur Umsetzung des Konzeptes „Arbeit mit sexuell Grenzverletzenden Verhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen".

X Nach den Sommerferien 2008 soll der Kommission Kinder und Jugendhilfeplanung ein Erfahrungsbericht durch das Männerbüro gegeben werden. Auftrag

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit der Region Hannover und dem Niedersächsischen Innenministerium aufzunehmen zur finanziellen Beteiligung an der Förderung der Arbeit. Über den Verhandlungsstand ist der Jugendhilfeausschuss bis zum Sommer 2008 zu informieren. Auftrag

Begründung:
Im Jahr 2007 wurde die Verwaltung mit der Konzepterstellung beauftragt. Mit der Drucksache 0469/2007 N1 kam die Verwaltung diesem Auftrag nach. Die Arbeit mit den Tätern wurde 2007 mit Mittel aus dem Gewaltpräventionstopf begonnen und soll nun weitergeführt werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Ingrid Wagemann
stellv. Fraktionsvorsitzende

SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

(54)

Finanz. u. J.

In den
Schulausschuss 15 : 1
VA 13.12.07: 9 : 1

19.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 2100 Grundschulen
Finanzposition: Neu – Sprachförderung in Grundschulen: Rucksack II

Antrag

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, an ausgewählten Grundschulstandorten das Sprachförderprojekt Rucksack II einzuführen. Dieses Projekt soll an den Schulstandorten beginnen, die in Nachbarschaft zu sog. „Rucksack-Kitas" liegen, um eine räumliche und inhaltliche Nähe zu „Rucksack I" herstellen und von den Erfahrungen, die in diesen „Rucksack-Kitas" bereits gemacht worden sind, partizipieren zu können.
Für diese erste Modellphase von „Rucksack II" werden **200.000 €** zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Das Sprachförderprojekt „Rucksack I" ist in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich in den hannöverschen Kindertagesstätten eingesetzt worden. Um dauerhafte Spracherfolge bei Kindern mit Migrationshintergrund zu gewährleisten, ist es sinnvoll, dieses Sprachförderprojekt in den Grundschulen fortzuführen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Dezernat I
23. Nov. 2007
11⁰⁰

55

20.11.2007

In
- den Schulausschuss 15:0:1 Fünf z.u.l.g.

VA 13.12.07: einstimmig

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
Finanzstellen 2100,2140,2170,2210,2250,2300,2810
Finanzpositionen 520200, 520500,591000

Lärmprävention an Schulen

Änderungsantrag

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. eine Zweckmittelbindung in den oben genannten Finanzstellen vorzunehmen in Höhe von

   10.000€

2. Die Mittel sollen für die Umsetzung von Lärmpräventionskonzepten an Schulen, kleinere Anschaffungen für die schallakustische Raumgestaltung, Aktionen und Projekte an Schulen zur Lärmprävention eingesetzt werden.

3. gemeinsam mit den Schulen und unter Einbezug von Fachleuten Konzepte zur Lärmprävention in Schulen zu entwickeln.

4. Beispielhaft sollen zum „Tag des Lärms" – international noise awareness day – am 16. April 2008 mit interessierten Schulen und Kindertagesstätten Aktionen oder Schulprojekte initiiert werden, die sich mit Lärm, Lärmfolgen, Lärmwirkungen und pädagogischen und raumgestalterischen Maßnahmen zur Lärmreduzierung auseinandersetzen.

Begründung:
Im Rahmen des zunehmenden Ganztagsbetriebes an Schulen spielt Lärm in Schulen eine größer werdende Rolle. Lärm beeinflusst die Konzentrations- und die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler und gefährdet die Gesundheit.

Untersuchungen der Universität Bremen und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin konnten diese Zusammenhänge belegen.
Eine Lärmreduzierung an Schulen ist dabei nicht nur über bauliche Maßnahmen zu erreichen. Lärmstörungen und Lärmfolgen sind auch durch pädagogische Maßnahmen und kleinere raumgestalterische Veränderungen zu beeinflussen. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler können selbst tätig werden, um für das Thema zu sensibilisieren und mehr „Ruhekultur" in die Schulen zu bringen.
Lärm kann dabei aus den verschiedensten Blickwinkeln betrachtet werden: unter physikalischen, medizinischen, biologischen, politischen, gesellschaftlichen, historischen, ... Aspekten. Hierzu bietet es sich an, das Know – How von z.B. Akustikerinnen, HNO – Ärzten, Krankenkassen, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die Deutsche Gesellschaft für Akustik e.V. (DEGA), der Sozialpädiatrie und Jugendmedizin der Region Hannover einzubeziehen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

Zugewählte Vertreter der Eltern im Schulausschuss
Cordula Dietrich
Richard Lochte

27. NOV. 2007
60

56

In den Schulausschuss
der Landeshauptstadt Hannover

Einstimmig
VA 13.12.07: Antrag 4:6

Finanz z.Kt.8.

Änderungsantrag gemäß §34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt
zur DS 1961/2007 Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 2929.000 - Sonstige Schuleinrichtungen/Veranstaltungen
Finanzposition 506200 - Sonstige Schuleinrichtungen/Veranstaltungen
Material für Unterhalt von Gebäuden

Antrag:

Der Rat der Stadt möge beschließen:

1.) Den Ansatz in den o.g. DS

von	72.700,-- €
um	52.300,-- €
auf	125.000,-- €

zu erhöhen. Der Betrag soll zusätzlich für dringliche Sanierungsarbeiten der Sanitäranlagen in hannoverschen Schulen eingesetzt werden. Dabei soll nicht nur die Eigenleistung von Eltern und Schülern sondern auch eine Fremdvergabe möglich sein.

Antrag

2.) Der Fachbereich Gebäudewirtschaft (OE 19) wird aufgefordert einen Zustandsbericht zu erarbeiten, in dem Baujahr, Jahr der letzten Sanierung, Bauzustand, Ausstattung und Sanierungsbedürftigkeit der Toilettenanlagen der hannoverschen Schulen erfasst wird. Nach der Erfassung der baulichen Zustände soll eine Priorisierung nach Dringlichkeit vorgenommen und im Schulausschuss vorgestellt werden. Die Priorisierung soll insbesondere die vorhandenen asbesthaltigen Trockenurinale und die derzeitige Geruchsbelästigung berücksichtigen.

Begründung:

Wie schon in der Sitzung des Schulausschusses am 26.09.2007 erörtert, sind die Toilettenanlagen der hannoverschen Schulen häufig in einem schlechten Zustand. Außerdem ist die Ausstattung in vielen Fällen ungenügend. Nach eigenen Recherchen der Eltern fehlen u. a. häufig Toilettenpapier, Seife, Papierhandtücher; Toilettentüren lassen sich nicht mehr abschließen; der Geruch gleicht dem von unbeaufsichtigten und ungereinigten Autobahntoiletten. Eine Umfrage unter Schülern hat ergeben, dass vor allem eine funktionelle und funktionierende Mindestausstattung vermisst wird. Es ist unumgänglich, dass über die lang- und mittelfristigen Sanierungsprogramme hinaus Mittel für Sofortmaßnahmen im Bereich der Reparaturen und kleineren Sanierungen bereitgestellt werden. Dabei kann es nicht nur um Material wie Farbe und Pinsel usw. gehen, sondern muss auch die Möglichkeit eröffnen Fachfirmen zu beauftragen.

Die Bestandsaufnahme und Priorisierung dient dem effizienten Einsatz der Mittel. Sie verhindert, dass Verschönerungsmaßnahmen vorgezogen werden und u. U. notwendige Sofortmaßnahmen bei Reparatur und Sanierung zurückgestellt werden.

Richard Lochte

Cordula Dietrich

zu TOP 5.1.

5617

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Dezernat I
12. Dez. 2007
10:29h

18.6

11.12.2007

In den
- Verwaltungsausschuss (13.12.) S. unten
- die Ratsversammlung (20.12.)

Änderungsantrag gem. § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 2929.000 – Sonstige Schuleinrichtungen / Veranstaltungen
Finanzposition 506200 – Sonstige Schuleinrichtungen/Veranstaltungen
Material für Unterhaltung von Gebäuden

Wettbewerb und Verschönerungsarbeiten für Schultoiletten

Antrag zu beschließen:

Für Beteiligungsprojekte zur Aufwertung und Verschönerung von Toilettenanlagen sowie eines stadtweiten Wettbewerbes „So wünschen wir uns unsere Toiletten" wird der Ansatz

von	**72.700 €**
um	**52.300 €**
auf	**125.000 €**

erhöht.

Der Förderbetrag soll pro Schule 8.000 € nicht überschreiten. 6:4

Ferner wird ein Wettbewerb für Schulklassen ausgeschrieben unter dem Motto„So wünschen wir uns unsere Toiletten". Die besten Projekte werden von einer Jury aus SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen und Verwaltung prämiert. 7:3

Bei der Umsetzung der Gestaltung werden die Klassen durch die Verwaltung unterstützt. 7:3

Begründung:

Nach der Einführung eines „Toilettengeldes" an der IGS List hat in der Öffentlichkeit eine Diskussion über die Sauberkeit der Toiletten an den Schulen eingesetzt. Auch werden diese Räume immer wieder durch SchülerInnen verschmutzt und beschädigt. Aus diesen Gründen sollen den SchülerInnen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um selbst die Toiletten so gestalten zu können, dass die SchülerInnen sich in den Toiletten Wohl fühlen. Darüber hinaus soll für alle Schulen stadtweit ein Wettbewerb ausgeschrieben werden „So wünschen wir uns unsere Toilette". Hier sollen die besten Projekte prämiert werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

57

Dezernat I
27. Nov. 2007

18.6

In den
- Schulausschuss

VA 13.12.07 9:4:3 6:4

Finh z. Kt. g.

26.11.2007

Zusatzantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Zur DS 1961/2007 – Verwaltungshaushalt
Gewährung von Beihilfen an bedürftige Schülerinnen und Schüler

Antrag

Antrag zu beschließen:
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob zur Finanzierung des bestehenden Topfes „Beihilfe für Bedürftige Schülerinnen und Schüler" das Land Niedersachsen zur Finanzierung einbezogen werden kann und Gelder zur Verfügung stellt.

Im Rahmen dieser Prüfung soll im Weiteren untersucht werden, ob die Gewährung von Beihilfen an bedürftige Schülerinnen und Schüler weiterentwickelt werden kann, mit folgenden Zielen:

- der Bezug von Lernmitteln wie andere Schulbücher, wie Atlanten, Arbeitshefte, Wörterbücher, Taschenrechner, Verbrauchsmaterial soll ermöglicht werden
- eine Obergrenze für die Höhe der Beihilfe pro Kind wird festgelegt
- die betroffenen Eltern sind über die Möglichkeit einer Beihilfe zu informieren

Begründung:
Mit der Hartz IV - Gesetzgebung wurden Lernmittel aus den Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen von bedürftigen Schülerinnen und Schüler herausgenommen, so dass die verfügbaren Mittel hauptsächlich für Milch und Kakao eingesetzt werden. Es soll jedoch ermöglicht werden, dass im Bedarfsfall die für bedürftige SchülerInnen gewährten Beihilfen über eine Härtefallregelung hinaus z.B. auch für Arbeitshefte und –materialien eingesetzt werden können. Zudem ist den meisten Eltern die Möglichkeit der Beihilfe nicht bekannt und wird daher nur im Ausnahmefall genutzt.
Die Landespolitik hat einen Sozialfond für bedürftige Kinder angekündigt, der zur weitergehenden Finanzierung insbesondere von Lernmitteln zur Verfügung stehen soll. Diese Mittel sollen in den vorhandenen Topf einfließen.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender